Fukushima aktuell: Unterschiede bei radioaktiver Bodenbelastung festgestellt

Bodenzusammensetzung beeinflusst Aufnahme von radioaktivem Material bei Pflanzen

Von **Jens Proll** - Mrz 12, 2018

AKW Fukushima: Dekontamination durch Mäharbeiten und Bodenabtragung (Foto: Copyright by TEPCO)

Nach dem gestrigen Gedenken gibt es aus Fukushima heute zwar noch keine große Neuerungen zu melden – einige der aus Japan aktuell gemeldeten Fukushima News sind allerdings definitiv einen zweiten Blick wert.

Die Einzelheiten gibt es nun im **Spreadnews Japan-Ticker vom 12. März 2018**.

Unsere heutigen Themen zum Wochenbeginn:

- Bodenqualität unerwartet vor Radioaktivität bewahrt
- Zahlen zum Jahrestag der Tohoku-Katastrophe
- Suche nach Überresten von Opfern der Tohoku-Katastrophen
- Letzte Gedenkzeremonie in Übergangshaussiedlung
- Gedenkveranstaltung für Haustiere in Iwaki
- Ausländer unter Vorwand zu Dekontaminationsarbeit verpflichtet

Bodenqualität unerwartet vor Radioaktivität bewahrt

Ein unscheinbare Gruppe von Mineralien erwies sich für die Landwirte in Nihonmatsu als unerwartete Helfer bei der landwirtschaftlichen Wiederbelebung der Region. Ihre überraschende Erfahrung könnte sich auch bei künftigen Katastrophen als hilfreich erweisen.

Als die Landwirte noch im Jahr der AKW-Krise wieder mit der Bearbeitung des Bodens begangen, waren sie wenig zuversichtlich, nachdem der radioaktive Niederschlag gefallen war und mit schwerwiegender radioaktiver Kontamination gerechnet werden musste.

Doch wie sich herausstellte, war die Zusammensetzung des Erdbodens in diesem Teil Japans besonders günstig und kam den Menschen in ihrer Situation geradezu entgegen.

Der dortige Boden weist einen hohen Anteil von Glimmer auf, der das radioaktive Cäsium an sich bindet und so die massive Kontamination der dort wachsenden Pflanzen stark einschränkt.

Honorarprofessor Kiichi Nakajima von der Universität Ibaraki drängt darauf, diesen unerwarteten Effekt möglichst weltweit bekannt zu machen. Es sei erstaunlich, dass die Wiederherstellung der Landwirtschaft bereits wieder angelaufen ist.

Im Mai 2011 hatte erstmals ein mehrköpfiges Forschungsteam der japanischen Gesellschaft für ökologische Landwirtschaftswissenschaft die Stadt Nihonmatsu in der Präfektur Fukushima besucht und Untersuchungen im Bezirk Towa durchgeführt.

Über das Ergebnis der Forschungen berichtete die jiji.

Zahlen zum Jahrestag der Tohoku-Katastrophe

Anlässlich des Jahrestags veröffentlichen verschiedene Institutionen ihre aktuellen statistischen Daten zu den Folgen des Tohoku-Großbebens und Tsunami, sowie der Kernschmelzen am AKW Fukushima Daiichi.

Die Gesamtzahl der Toten wird mit 22.000 angegeben. Dazu gehören sowohl 15.985 direkte Opfer der Naturkatastrophe, als auch Personen, die aufgrund von Verletzungen oder Erschöpfung starben.

Die Gesamtzahl der Menschen die als Evakuierte leben, sank von einem Rekordwert von 470.000 auf 73.349 (Stand 13, Februar 2018) und ging im Vergleich zum Vorjahr um etwa 50.000 Fälle zurück.

Das Erdbeben und der Tsunami forderten in 12 Präfekturen insgesamt 15.895 Menschenleben, in weiteren 2.539 Fällen in sechs Präfekturen spricht man noch von Vermissten.

Die Nutzung der so genannten Übergangshäuser ging von seinem Rekordwert in Höhe von etwa 124.000, auf etwa 19.000 Wohneinheiten zurück. Diese Zahlen lieferten die Behörde für Wiederaufbau, sowie die Nationale Polizeibehörde.

Etwa 28.000 Sozialwohnungen und somit etwa 94 Prozent des Planziels konnten bis Ende Januar fertiggestellt werden. Über 46.000 Überlebende sind aus den Übergangshäusern ausgezogen um die Sozialwohnungen und andere Angebote zu nutzen.

Doch mit einem Anteil von 41 Prozent sind insbesondere Renter und Senioren unter den Neubewohnern der Sozialwohnungen altersspezifischen Risiken durch das Alleinelben ausgesetzt. Diese Zahlen gaben mehrere japanische Medien bekannt, darunter jiji und NHK.

Suche nach Überresten von Opfern der Tohoku-Katastrophen

Anlässlich des siebten Jahrestags der Tohoku-Katastrophen führte die Präfekturpolizei, gemeinsam mit 390 weiteren Helfern, darunter Küstenwache und Feuerwehr der Gemeinden Namie, Okuma und Tomioka, gestern eine Suchaktion in der Küstenregion Hamadori durch.

Die Suchen konzentrierten sich auf die gemeinsame Mündung von Flüssen. Beim Umgraben des Bodens mit Hacken, wurde an drei Stellen Material gefunden, bei dem es sich um menschliche Knochenfragmente handeln könnte.

Für viele freiwillige Helfer ist ihr Engagement ein Ausdruck des Bemühens, den Hinterbliebenen letzte Gewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen bieten zu können. Über die gestrige Suchaktion berichteten Präfekturmedien.

Letzte Gedenkzeremonie in Übergangshaussiedlung

Gedenkfeierlichkeiten für die Opfer der Tohoku-Katastrophen vom 11. März 2011 fanden an vielen verschiedenen Orten des Landes statt. Auch in der Übergangshaussiedlung Aizu-Miyazato, wo vor allem Menschen aus Naraha leben, gedachte man mit Kerzenlicht der Opfer.

Etwa 500 Kerzen wurden dort in Form des Schriftzugs „3/11 Do no forget" aufgestellt und die Einwohner der Überganghäuser, Mitglieder der Verwaltung, Pfadfinderverbände und andere Menschen nahmen daran Teil.

Es ist das letzte Mal, dass diese Zeremonie dort stattfinden wird, da bis Ende März die Bereitstellung der Übergangshäuser an die Bürger der Gemeinde Naraha ausläuft und sie dann an anderen Orten, etwa in den neuen Sozialwohnungen, unterkommen sollen.

Über diese besondere Gedenkzeremonie berichteten Präfekturmedien.

Gedenkveranstaltung für Haustiere in Iwaki

Einen Tag vor dem offiziellen Datum hielt die Nichtregierungsorganisation LYSTA auf dem Haustierfriedhof in Iwaki (Präf. Fukushima) eine Gedenkzeremonie für die Hunde und Katzen ab, die als Folge der Katastrophen vom März 2011 ums Leben gekommen waren.

An der Veranstaltung nahmen etwa 30 Personen Teil. Das berichteten Präfekturmedien. In Japan sind Gedenksteine für Tiere nicht ungewöhnlich und finden sich beispielsweise auch an großen industriellen Schlachthöfen, oder Tierversuchslaboratorien.

Ausländer unter Vorwand zu Dekontaminationsarbeit verpflichtet

Vergangene Woche meldeten japanische Medien den Fall eines 24 Jahre alten Vietnamesen, der im September 2015 nach Abschluss eines Arbeitsvertrags mit einem japanischen Unternehmen einreisen konnte.

Doch anders als erwartet wurde er nicht für Demontage und technische Arbeiten herangezogen, sondern mehrfach zur Dekontamination von Wohngebieten der Stadt Koriyama (Präf. Fukushima) und Abrissarbeiten in der damaligen Sperrgebietsgemeinde Kawamata eingesetzt.

Der Vietnamese bestreitet, über diese Arbeiten informiert worden zu sein. Sein Arbeitgeber, eine Baufirma aus Iwate, bestreitet Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Er habe die gleiche Arbeit wie die japanische Kollegen leisten müßen.

Auch eine besondere Gesundheitsgefahr habe bei den Arbeiten nicht bestanden, erklärt der Arbeitsgeber. Dennoch verließ der Betroffene das Unternehmen im November und damit vor Ende der Vertragslaufzeit.

Grund waren gesundheitliche Bedenken und Misstrauen gegenüber der offiziellen Informationspolitik seines Arbeitgebers.

Die Gewerkschaft, die den Arbeiter vertritt behauptet, dem Arbeiter seien die Papiere mit der Strahlungsdosis, die nun der Presse vorliegen, nie gezeigt worden. Er erhielt zudem monatlich 140.000 Yen, was nur ein Drittel des Lohns japanischer Arbeiter darstellt.

Auch empfing er trotz des Umgangs mit radioaktiv belastetem Material keine Gefahrenzulage, wie sie sonst üblich ist.

Der Verdacht liegt nahe, dass das Weiterbildungsprogramm für ausländische Arbeitskräfte in solchen Fällen dazu missbraucht wird, den Mangel an einfachen Arbeiterb zu decken.

Es ist ausländischen Arbeitskräften zwar nicht verboten in der Dekontamination zu arbeiten, jedoch soll das Programm der Fortbildung dienen und Fähigkeiten vermitteln, die im Heimatland von konkretem Nutzen sind. Dies kann in solch einem Fall bezweifelt werden.

Nun wollen sich der ehemalige Arbeitgeber und der Vietnamese über die Zahlung von Entschädigungen und der Löhne für den übrigen Zeitraum einigen.

Weshalb dem Justizministerium, das die Ausbildungsbetriebe überwacht, keine ungewöhnlichen Tätigkeiten in den Berichten auffielen, oder ob hier ebenfalls Manipulationen vorlagen, muss

geprüft werden.

Aus diesem Grund lehnte das Ministerium auch weitergehende Kommentare unter Verweise auf die laufenden Ermittlungen ab. Das berichteten japanische Medien.

Jens Proll